

Bericht an den Gemeinderat

Bearbeiter: Michael Kicker

GZ: A8-66147/2013-68

Personal-, Finanz- Beteiligungs- und
 Immobilienausschuss:

BerichterstellerIn:

Betreff:

Umweltamt,
 Heizungsumstellungen - Landesbeiträge,
 Nachtragskredit über
 € 1.278.000,-- in der OG 2014

.....

Graz, am 15.5.2014

Das Land Steiermark hat der Stadt in den Jahren 2011-2013 folgende Transfers für die Förderung von Heizungsumstellungen zur Verringerung der Feinstaubbelastung gewährt:

2011	€	1.000.000,--
2012	€	1.600.000,--
2013	€	<u>800.000,--</u>
Gesamt	€	3.400.000,--

Vom Umweltamt wurden in den Jahren 2011-2013 folgende Förderungssummen zur Anweisung gebracht:

2011	€	350.819,67
2012	€	769.240,20
2013	€	<u>1.001.888,02</u>
Gesamt	€	2.121.947,89

Die Differenz zwischen den erhaltenen und den gewährten Transfers beträgt € 1.278.052,11 – diese Summe wäre somit 2014 wieder bereit zu stellen.

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967 idF LGBl 87/2013 beschließen:

In der OG 2014 werden die Fiposse

1.52200.775200 „Kap. Transferz. an Unternehmungen“

2.91400.080000 „Beteiligungen“

um je € 1.278.000,-- erhöht.

Der Bearbeiter:


(Michael Kicker)

Der Abteilungsvorstand:


(Mag. Dr. Karl Kamper)

Der Finanzreferent


(Stadtrat Univ. Doz. DI. Dr. Gerhard Rüscher)

Vorberaten und einstimmig / mehrheitlich / mit Stimmen angenommen/abgelehnt /
unterbrochen in der Sitzung des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses

am

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Der Antrag wurde in der heutigen öffentl. nicht öffentl. **Gemeinderatssitzung**
 bei Anwesenheit von GemeinderätInnen
 einstimmig mehrheitlich (mit ... Stimmen / ... Gegenstimmen) **angenommen.**
 Beschlussdetails siehe Beiblatt Graz, am Der / Die SchriftführerIn:

Bericht an den Gemeinderat

Bearbeiter: DI Wolfgang Götzhaber

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

BerichterstatteIn: GRⁱⁿ Wolfgang A. SCHLEICHER

GZ: A23-028212/2013/0006

Graz, 04.07.2013

Betreff

Förderung von Hausanlagen für
 Heizungsumstellungen zur Verringerung der
 Feinstaubbelastung - **Zuschuss des Landes** in
 der Höhe von **Euro 800.000,00**
Verwaltungsübereinkommen

Im Rahmen der Maßnahmen des **Landes Steiermark** zur Feinstaubbekämpfung wurden im **Jahr 2011** von der zuständigen Abteilung 15 Energie, Wohnbau, Technik (zuvor: „Fachabteilung 17C“) Finanzmitteln in der Höhe von **Euro 1.000.000,00** (GZ.: FA17C-11.10-14/2011-1 vom 07.07.2011) zur Verfügung gestellt (GR-Beschluss GZ.: A23-018922/2004/0042 vom 7.07.2011 und „Vereinbarung“ vom 11.07.2011)

Diese Förderung wurde unter bestimmten Bedingungen, die in der „Richtlinie für die Förderung von Heizungsumstellungen“ der Stadt Graz (aktueller Stand GR-Beschluss, A23-018922/2004/0054 vom 19.01.2012) festgelegt ist, für bestimmte Heizungsumstellungen im Grazer Stadtgebiet gewährt.

Im Wesentlichen sind das

- o Umstellung von Hausanlagen mit Ölfeuerung und/oder Einzelöfen mit festen Brennstoffen oder Wechselbrandöfen auf Fernwärme.
- o Förderungsabwicklung durch das Umweltamt der Stadt Graz im Rahmen der jeweils gültigen Richtlinien.
- o Die **Gültigkeit** dieser Vereinbarung erstreckte sich **bis 30.03.2012**, damit wurden in **Kofinanzierung** mit städtischen Mitteln bis zu diesem Zeitpunkt **etwa 2.300 Wohneinheiten** auf Fernwärme umgestellt.

Mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom **01.03.2012**, GZ.: FA17C-353/2012-4, standen dann weitere **Euro 1.600.000,00** zur Verfügung (GR-Beschluss GZ.: A23-018922/2004/0058 vom 19.04.2012 und „Vereinbarung“ vom 16.05.2012):

- o Diese Förderung wurde ebenfalls unter **gleichen Bedingungen** wie oben gewährt.
- o Die **Gültigkeit** dieser Vereinbarung erstreckt sich **bis 01.04.2013**, damit wurden in **Kofinanzierung** mit städtischen Mitteln **bis dato etwa 3.100 Wohneinheiten** auf Fernwärme umgestellt.

Mit neuerlichem **Beschluss** der Steiermärkischen Landesregierung vom **27.06.2013**, GZ.: ABT15-OP-FG.10-7/2012-377, werden nunmehr weitere **Euro 800.000,00** zur Verfügung gestellt. Die Restmittel von ca. Euro 367.000,00 aus den abgelaufenen Fördervereinbarungen von 2011 und 2012, wie oben, stehen ebenfalls noch zur Verfügung.

Voraussetzung für die Überweisung der Mittel des Landes an die Stadt Graz ist der **Abschluss** einer entsprechenden **Vereinbarung**.

Diese Vereinbarung soll eine detaillierte Form der Förderungsabwicklung sowie Höhe und Zeitpunkt der Mittelüberweisungen beinhalten.

Die Überweisung der Mittel und damit der Start dieser Förderung sind an den Termin der Unterzeichnung der Vereinbarung gekoppelt.

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellt daher gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. Nr. 8/2012 den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die beiliegende **Vereinbarung** mit dem Land Steiermark über die Förderung von Heizungsumstellungen zur Verringerung der Feinstaubbelastung
2. die **Ermächtigung** des Umweltamtes zur Abwicklung der Förderung im Rahmen dieser Vereinbarung

Der Bearbeiter A23
DI Wolfgang Götzhaber
elektronisch gefertigt

Der Abteilungsvorstand A23
DI Dr. Werner Prutsch
elektronisch gefertigt

Die Stadtsenatsreferentin für das Umweltamt:

Stadträtin Lisa Rucker
elektronisch gefertigt

Beilage:

- 44.00_5_11_152 Vereinbarung der Stadt Graz mit dem Land Steiermark

Vorberaten und einstimmig/mehrheitlich/mit7..... Stimmen angenommen/abgelehnt/
unterbrochen in der Sitzung des

Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

am 03.07.13

Der/die SchriftführerIn:

[Handwritten signature]

Der/die Vorsitzende:

[Handwritten signature]

Abänderungs-/Zusatzantrag:

Der Antrag wurde in der heutigen öffentlichen nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung

bei Anwesenheit von GemeinderätInnen

einstimmig mehrheitlich (mit Stimmen /..... Gegenstimmen) angenommen.

Beschlussdetails siehe Beiblatt

Graz, am 4.7.2013

Der/die Schriftführerin:

[Handwritten signature]

Bestandteil des
Gemeinderatsbeschlusses

Der Schriftführer: 

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG
GZ: ABT15-44.00-5/2011-152

Vereinbarung
über die gemeinsame Abwicklung einer Förderung
(Förderung von Heizungsumstellungen zur Verringerung der Feinstaubbelastung)

abgeschlossen am unten angeführten Tage zwischen

dem **Land** Steiermark,
p.A. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 15 Energie, Wohnbau, Technik ,
8010 Graz, Landhausgasse 7, im Folgenden kurz „Land“ genannt, einerseits

und

der **Stadt** Graz,
p.A. Magistrat der Stadt Graz, A 23 - Umweltamt, 8011 Graz, Kaiserfeldgasse 1, im Folgenden kurz
„Stadt“ genannt, andererseits

wie folgt:

I.

1. Unter Verwendung der mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 27. Juni 2013 GZ.: ABT15-OP-FG.10-7/2012-377, genehmigten Mittel zur Feinstaubbekämpfung werden durch das Land Steiermark Heizungsumstellungen von „Öl“ oder „festen Brennstoffen“ auf „Fernwärme“ in der Stadt Graz gefördert. Basis dafür ist die mit der Stadt Graz und der Energie Graz GmbH & Co KG akkordierte und laufend aktualisierte Objektförderungsliste.
2. Die gesamte Förderungsabwicklung erfolgt durch die Stadt.
3. Die Objektförderliste wird der Stadt nach jeder Aktualisierung vom Land umgehend zur Verfügung gestellt.
4. Die grundsätzliche Förderzuerkennung erfolgt im Rahmen der o.a. akkordierten Objektförderliste auf Basis der in der Stadt geltenden „Richtlinie für die Förderung von Heizungsumstellungen“ (aktueller Stand gemäß GR-Beschluss, GZ.: A23-018922/2004/0054 bzw. A8-46229/2011-4 vom 19.01.2012).
5. Die Geltungsdauer der Vereinbarung ist entweder durch das Abarbeiten der gegenständlichen akkordierten Objektförderliste und der damit einhergehenden Information durch das Land oder ist zeitlich limitiert mit Do., 31.07.2014. An diesem Tag besteht letztmalig die Möglichkeit der Eingabe von vollständigen Förderunterlagen bei Stadt Graz Umweltamt.
6. Eine entsprechende Verlängerung der ggst. Vereinbarung für 2014 (Objektförderliste 2014) kann in Aussicht gestellt werden.
7. Diese Vereinbarung erwächst nach Unterfertigung durch alle Vertragspartner in Rechtswirksamkeit.

II.

Das Land verpflichtet sich durch die Unterfertigung dieser Vereinbarung

1. der Stadt alle zur Abwicklung der vertragsgegenständlichen Förderung erforderlichen Informationen so rasch als möglich, insbesondere die Objektförderliste, ab schriftlicher Anforderung, in schriftlicher Form zukommen zu lassen, insbesondere, wenn es unmittelbare Auswirkung auf die Förderungsabwicklung hat.

2. der Stadt binnen 21 Kalendertagen für die Abwicklung der vertragsgegenständlichen Förderaktion Geldmittel in Höhe von € 800.000,00 (in Worten EURO achthunderttausend) auf das Konto gemäß Punkt III.1. ungeschmälert zu überweisen;

III.

Die Stadt verpflichtet sich durch die Unterfertigung dieser Vereinbarung

1. die vom Land gemäß Punkt II.2. zur Abwicklung der vertragsgegenständlichen Förderung auf ein Konto der Stadt Graz überwiesenen Geldmittel ausschließlich zur Vergabe von vertragsgegenständlichen Förderungen gemäß Punkt I. zu verwenden,
2. Anträge auf Gewährung einer Förderung im Sinne der vertragsgegenständlichen Förderungsrichtlinie sowie die vom Förderwerber beigelegten Unterlagen im Sinne der Förderungsrichtlinie gemäß Punkt I. zu prüfen und Förderungen an FörderungsworkerInnen nur bei Vorliegen aller in der Förderungsrichtlinie gemäß Punkt I. - insbesondere nach Sicherstellung des in der Förderungsrichtlinie festgelegten Rückforderungsrechtes - zur Auszahlung zu bringen;
3. bei Eintritt eines in der Förderungsrichtlinie gemäß Punkt I. statuierten Rückforderungstatbestandes die jeweils Bezug habenden Fördermittel vom Förderungsnehmer, gegebenenfalls auch im Gerichtsweg, zurückzufordern, und die rückgezählten Geldmittel ausschließlich und ungeschmälert auf das Konto gemäß Punkt III.1. zur Vereinnahmung zu bringen;
4. dem Land während der Laufzeit der vertragsgegenständlichen Förderung jeweils monatlich im Nachhinein einen Bericht über den Verlauf der Förderung zu übermitteln, der zumindest eine tabellarische Auflistung der im Bezug habenden Monat gewährten (ausgezählten) Förderungen umfassen muss, die zumindest Namen und Anschrift des jeweiligen Förderungsnehmers, die Höhe der jeweiligen Förderung und die jeweils zum Tragen gekommene Art der Heizungsumstellung mit Alter und Leistung enthalten muss;
5. binnen 12 Kalenderwochen ab endgültigem Abschluss der vertragsgegenständlichen Förderung gem. Punkt I.5. ist dem Land eine tabellarische Endaufstellung über die Förderung gemäß Punkt III.4. zu übermitteln, die neben den Informationen über die einzelnen Förderungen insbesondere die Summe der insgesamt vergebenen Förderungen, und bei Abschluss der Förderaktion den vom überwiesenen Betrag von € 800.000,00 (in Worten EURO achthunderttausend) gemäß Punkt II.2. verbliebenen Geldbetrag beinhaltet;
6. Geldmittel, die nach endgültigem Abschluss der vertragsgegenständlichen Förderung auf dem Konto gemäß Punkt III.1. verblieben sind, binnen 21 Kalendertagen nach Vorlage der tabellarischen Endaufstellung gemäß Punkt III.5. auf ein vom Land Steiermark bekanntzugebendes Konto unter Angabe der im Vertragskopf genannten GZ zur Überweisung zu bringen;
7. dem Land Steiermark, p.A. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 15 Energie, Wohnbau, Technik alle Ereignisse, welche die Abwicklung der vertragsgegenständlichen Förderaktion verzögern oder unmöglich machen, unverzüglich anzuzeigen;
8. den Organen des Steiermärkischen Landesrechnungshofes oder vom Land Steiermark Beauftragten/Ermächtigten zum Zwecke der Überprüfung der ordnungsgemäßen

Administration der Förderung gemäß Punkt I. und der Einhaltung der sonstigen Verpflichtungen, Bedingungen und Auflagen, die aus diesem Vertrag bestehen, jederzeit zu den üblichen Amtsstunden Einsicht in sämtliche Akten und Geschäftsunterlagen, die auf die Abwicklung der vertragsgegenständlichen Förderaktion Bezug haben, zu gewähren, wo immer sich diese befinden, und alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

IV.

1. Erfüllungsort ist Graz, sämtliche Vertragsparteien vereinbaren, dass auf das gegenständliche Rechtsgeschäft österreichisches Recht anzuwenden ist und bestimmen für alle aus diesem Vertrag etwa entstehenden Rechtsstreitigkeiten gemäß § 104 JN einvernehmlich den ausschließlichen Gerichtsstand des jeweils sachlich zuständigen Gerichtes mit Sitz in Graz. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit ausnahmslos der Schriftform.
Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, wird hiedurch der übrige Inhalt dieses Vertrages nicht berührt. Die Vertragsteile verpflichten sich jedoch, in einem solchen Fall unverzüglich die nichtige Vertragsbestimmung durch eine solche rechtsgültige Vertragsbestimmung zu ersetzen, die der nichtigen Bestimmung gemessen an der Absicht der Vertragspartner bei Vertragsabschluss und dem wirtschaftlichen Gehalt der Vertragsbestimmungen am nächsten kommt.
Dieser Vertrag wird in einer Urschrift errichtet, welche dem Land verbleibt. Die Stadt erhält eine (auf Wunsch und eigene Kosten beglaubigte) Kopie.
2. Dieser Vertrag wurde von allen Vertragsparteien genau gelesen, zur Kenntnis genommen und vorbehaltlos genehmigt.

Graz, am
Für das Land Steiermark:

Graz, am
Für die Stadt Graz:
Gefertigt auf Grund des GR-B vom 04.07.2013
GZ.: A23-028212/2013/0006

Der Landesrat:

.....

(Dr. Gerhard Kurzmann)

Der Bürgermeister:

.....

(Mag. Siegfried Nagl)

Gemeinderat/Gemeinderätin:

.....

Gemeinderat/Gemeinderätin:

.....

Handteil des
Beschlussbeschlusses

Der Schriftführer:

	Signiert von	Götzhaber Wolfgang
	Zertifikat	CN=Götzhaber Wolfgang,O=Magistrat Graz,L=Graz,ST=Styria, C=AT
	Datum/Zeit	2013-07-02T10:03:22+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.

	Signiert von	Prutsch Werner
	Zertifikat	CN=Prutsch Werner,O=Magistrat Graz,L=Graz,ST=Styria,C=AT
	Datum/Zeit	2013-07-02T11:01:40+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.

	Signiert von	Rücker Elisabeth
	Zertifikat	CN=Rücker Elisabeth,O=Magistrat Graz,L=Graz,ST=Styria, C=AT
	Datum/Zeit	2013-07-02T17:31:59+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.